

**„Aufgabenerfüllung und politische
Schwerpunktsetzung auf stabiler Grundlage“**

**Haushaltsrede
für das Haushaltsjahr 2006
von Herrn Oberbürgermeister
Dr. Wolfgang G. Müller
am 21. November 2005**

I. Einführung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei der Klausur des Gemeinderates im vergangenen März in Windenreute haben wir in großem Einvernehmen ein anspruchvolles und für die Entwicklung unserer Stadt in den nächsten Jahren eminent wichtiges Maßnahmenprogramm festgelegt. Für die bis 2010 reichenden Planungen sollen insgesamt rund 17,0 Mio. Euro als Eigenmittelfinanzierung für ein Investitionspaket bereitgestellt werden. Im Vordergrund stehen Stadtsanierungsmaßnahmen sowie die Schaffung weiterer Ganztageschulen. Hohe Priorität genießen auch Sanierungs- und Energiesparmaßnahmen an städtischen Gebäuden, Investitionen in den Stadtteilen sowie weitere Vorhaben zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes und der Innenstadtgestaltung.

Mit dem vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes 2006 steigen wir ein in diesen mittelfristigen Planungszeitraum. Wir machen diesen ersten Schritt in einem weiterhin schwierigen Umfeld.

Die allgemeine Finanzlage der Kommunen ist nach wie vor prekär. Viele Städte und Gemeinden haben unverändert große Probleme, ausgeglichene und gesetzeskonforme Haushalte aufzustellen. Gesunde Haushalte, die die Mindestzuführung erbringen, keine neuen Schulden benötigen und dazu noch in der Lage sind, die notwendigen Investitionen zu finanzieren, sind die Ausnahme.

In der näheren Zukunft werden höhere Kreisumlagen die gemeindlichen Haushalte zusätzlich belasten. Allein die nach den Steuerschätzungen positive Gewerbesteuerentwicklung lässt Hoffnung auf Besserung aufkommen.

Trotz eher schwieriger Gesamtumstände bleibe ich meiner optimistischen Grundhaltung für unsere Stadt treu. Gemeinderat und Verwaltung haben in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, dass auch in finanziell engen Zeiten durch aktives Handeln die Aufgabenerfüllung für die Bürger sichergestellt und gleichzeitig wichtige Impulse für die Entwicklung des Gemeinwesens gesetzt werden können. Ich möchte diese Aussage unterlegen mit einer kurzen Rückschau auf die wirtschaftlichen Daten des abgelaufenen Jahres 2004 und einen Überblick über das laufende Haushaltsjahr 2005.

II. Überblick 2004/2005

Im Juli konnten wir Ihnen den **Rechenschaftsbericht 2004** mit einem sehr zufriedenstellenden Jahresabschluss präsentieren. Vor allem Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und beträchtliche Einsparungen bei Personal- und Sachkosten haben dazu geführt, dass sich der Rücklagenbestand im Vergleich zur Veranschlagung um rund 1,8 Mio. Euro verbesserte.

In Anbetracht der ungewöhnlich problematischen Ausgangslage bei der Haushaltsplanung wurde damit ein äußerst respektables Ergebnis erreicht. Dieses Einsparpaket sollte auch nicht aufgeschnürt werden.

Veranlasst durch einen erheblichen Gewerbesteuerabgang hat die Verwaltung bereits im Juni einen **Bericht zur aktuellen Situation des laufenden Haushaltes 2005** erstattet. Dabei konnte festgestellt werden, dass die zu diesem Zeitpunkt absehbare Finanzierungslücke bei der Gewerbesteuer von ca. 3,0 Mio. Euro durch eine erhöhte Überschussentnahme aus dem Eigenbetrieb Versorgung- und Verkehr kompenziert werden kann.

Als Fazit war die Aussage möglich, dass

- a) der Haushaltsplan 2005 entsprechend dem politischem Willen des Gemeinderates ohne wesentliche Einschränkungen umgesetzt und
- b) an dem in Windenreute festgelegte Investitionsprogramm weiterhin festgehalten werden kann.

In den letzten drei Wochen hat sich eine sehr erfreuliche Entwicklung bei der Gewerbesteuer ergeben. Unter dem Vorbehalt, dass bis zum Jahresende keine gravierenden Abgänge entstehen, dürfen wir davon ausgehen, dass der ursprüngliche Ansatz erreicht, wenn nicht gar überschritten wird. Dies lässt die Erwartung zu, dass auch der Jahresabschluss 2005 deutlich besser werden wird, als die Planung dies vorsah.

Damit gewinnen wir weitere Spielräume für die nächsten Jahre.

Damit leite ich über zur Betrachtung des Planjahres 2006.

III. Haushaltsplan 2006

1. Entstehung des Entwurfs

Zunächst möchte ich einige wenige Sätze über die Entstehung des vorgelegten Verwaltungsentwurfs voranschicken.

Ziel war es, im **Verwaltungshaushalt** auf jeden Fall die gesetzliche Mindestzuführungsrate in Höhe der Kredittilgungen ausweisen zu können. Dies ist letztlich gelungen, obwohl in den einzelnen Verfahrensschritten immer wieder neue Ausgabenanforderungen auftauchten. Alleine die Erhöhung der Kreisumlage brachte eine weitere Haushaltsbelastung von rund 400.000 Euro.

Für den Entwurf des **Vermögenshaushaltes** lagen Mittelanforderungen in Höhe von 15,6 Mio. Euro vor.

Die vollständige Umsetzung hätte einen Kreditbedarf von 8,7 Mio. Euro ergeben. Eine solche Verschuldung widerspräche unseren eigenen Festlegungen in Erstein und Windenreute, wäre wirtschaftlich nicht verkraftbar und wäre nicht genehmigungsfähig.

Es war daher erforderlich, die Mittelanforderungen nach der Beschlusslage des Gemeinderates und unter Berücksichtigung bestehender Verpflichtungsermächtigungen zu filtern und so einen ohne Neuverschuldung finanzierbaren Investitionshaushalt aufzustellen.

2. Verwaltungshaushalt

Zu den Einzelheiten des Verwaltungshaushaltes:
Das Volumen des Verwaltungshaushaltes liegt mit 71,45 Mio. Euro rund 1,0 Mio Euro unter dem Wert des Jahres 2005. Bereinigt man in einer summarischen Betrachtung das Gesamtvolumen um die Zuführung an den Vermögenshaushalt, kann festgestellt werden, dass im Vorjahresvergleich lediglich eine marginale Zunahme von knapp 300.000 Euro gegeben ist.

Die Entwicklung bei den Personalkosten und den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben bestätigt dieses Bild.

Die Personalkosten sind mit ca. 20,2 Mio. Euro veranschlagt und liegen damit rund 160.000 Euro unter dem Vorjahresansatz. Allerdings sind die noch abschließend zu ermittelnden Personalausgaben des Zweiten Bildungsweges nicht enthalten.

Darüber hinaus bestehen noch Unsicherheiten hinsichtlich der konkreten monetären Auswirkungen der Überleitung der Beschäftigten in den neuen Tarifvertrag TVöD.

Für die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben sind insgesamt rund 20,7 Mio. Euro eingestellt. Der Gesamtansatz liegt damit rund 125.000 Euro unter dem Vorjahreswert. Allerdings bereiten die Energiekostensteigerungen Sorge. Die zuständige Abteilung hat nach den aus heutiger Sicht absehbaren Preiserhöhungen einen erheblichen Mehrbedarf ermittelt. Zur Finanzierung wurde die Deckungsreserve um 120.000 Euro auf 170.000 Euro aufgestockt. Diese zusätzlichen Mittel sind zweckgebunden.

Mit dieser Vorgehensweise soll sichergestellt werden, dass im Haushaltsvollzug entstehende Ansatzüberschreitungen entsprechend dem tatsächlichen Finanzierungsmehrbedarf abgedeckt werden können.

Wenn festzustellen ist, dass die Ausgabenansätze vor allem auch aufgrund unserer Sparbemühungen praktisch keinen Zuwachs aufweisen, muss leider auch konstatiert werden, dass die Einnahmen stagnieren. Insbesondere gilt dies für die von außen zufließenden Finanzausgleichsleistungen.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist weiter rückläufig und konnte nur noch mit 10,465 Mio. Euro veranschlagt werden (Referenzjahr 2001 = 12,145 Mio. Euro).

Auch der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen vom Land weist bei einem Betrag von 8,95 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um rund 250.000 Euro aus. Entlastend wirkt sich dagegen die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage aus.

Nach den steuerlichen Gesetzesbeschlüssen der Bundesregierung vom Dezember 2003 ist der Umlagesatz auf 21,14 % (2005= 23,14 %) des Gewerbesteueraufkommens gefallen. Bezogen auf den Gewerbesteueransatz von 18,0 Mio. Euro müssen ca. 3,8 Mio. Euro als abzuführende Umlage angesetzt werden. Nach der Bemessungsgrundlage des Vorjahres hätte sich noch ein Betrag von knapp 4,17 Mio. Euro ergeben.

Besondere Beachtung sollte der Entwicklung der Kreisumlage zukommen. Nach der vom Kreistag für 2005 und 2006 beschlossenen Hebesatzerhöhung um 1,2 %-Punkte müssen 10,625 Mio. Euro bereitgestellt werden. Nimmt man das Jahr 2001 als Referenzjahr mit 8,74 Mio. Euro bedeutet das eine Zunahme von annähernd 1,9 Mio. Euro. (Investitionshaushalt 9,6 Mio. Euro)

Wir wissen, dass die Kreisumlage des Ortenaukreises deutlich unter der anderer Kreise in Baden-Württemberg liegt. Wir werden aber angesichts dieser Erhöhung noch deutlicher darauf achten, dass der Ortenaukreis vollumfänglich seinen Aufgaben nachkommt. Ich denke hierbei an den Jugend- und Sozialbereich, in Sonderheit an die aus Lahrer Sicht so wichtige Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in all ihren Facetten oder an Mischfinanzierungen, wo die großen Kreisstädte doppelt heran gezogen werden.

Das Gewerbesteueraufkommen wird auf 18,0 Mio. Euro geschätzt. Es ist bekannt, dass diese wichtigste kommunale Steuer erheblichen Schwankungen unterliegt und deshalb jede Prognose mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist. Gerade das Auf und Ab, das wir im laufenden Jahr erlebt haben, belegt diese Aussage nachdrücklich.

Letztlich ist die Ansatzermittlung eine Gradwanderung. Zuviel Optimismus birgt die Gefahr, dass im Jahresabschluss eine Finanzierungslücke entsteht, die dann möglicherweise die Folgejahre belastet.

Zu viel Pessimismus dagegen kann dazu führen, dass der politischen Entscheidungsebene in der Jahresplanung Mittel vorenthalten werden. Letzteres kann allerdings spätestens im zweitfolgenden Jahr korrigiert werden, wenn die tatsächlich entstandenen Überschüsse zur Finanzierung von Ausgaben bereit stehen.

Insgesamt erscheint es daher angebracht, das Gewerbesteueraufkommen auf der Grundlage vorliegender Informationen mit der gebotenen Vorsicht einzuschätzen. Diesen Weg geht die Verwaltung.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt kann mit rund 2,02 Mio. Euro ausgewiesen werden. Sie liegt damit um 70.000 Euro über der gesetzlichen Mindestzuführungsrate, die sich an den veranschlagten Kredittilgungen in Höhe von 1.950.000 Euro orientiert.

Ich bin der Auffassung, dass wir mit diesem Verwaltungshaushalt durchaus zufrieden sein können. Natürlich wäre es wünschenswert, einen noch höheren Überschuss zu erwirtschaften, um den Investitionshaushalt mit mehr Eigenmitteln ausstatten zu können. Man darf aber den Blick für die Realitäten nicht verlieren.

Die Realität lautet:

Wir gehören zu den wenigen Städten, die in der Lage sind, über den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes hinaus auch die gesetzliche Zuführungsrate auszuweisen und damit einen gesetzeskonformen Haushalt vorzulegen.

3. Vermögenshaushalt

Nun zum Vermögenshaushalt:

Das Gesamtvolumen beträgt rund 9,6 Mio. Euro, von denen 1,95 Mio. Euro auf die Kredittilgungen entfallen. Sie werden gegenfinanziert über eine Kreditaufnahme in gleicher Höhe.

Damit wird von dem in Erstein formulierten Ziel, keine Netto-Neuverschuldung einzugehen, auch im Haushaltsjahr 2006 nicht abgewichen.

Für bauliche Maßnahmen sind knapp 2,8 Mio. Euro vorgesehen. Dieser Betrag setzt sich im wesentlichen aus folgenden Posten zusammen:

- Für die Umbau- und Erweiterungsmaßnahme an der Schutterlindenbergschule zur Schaffung einer Ganztageschule sind 2,0 Mio. Euro bereitgestellt. Da die Bundes- bzw. Landesfördermittel zeitversetzt fließen, konnte nur eine anteilige Zuschussfinanzierung von 300.000 Euro eingesetzt werden.

Die Maßnahme belastet den Haushalt per Saldo mit 1,7 Mio. Euro und nimmt damit einen Großteil des Finanzierungsrahmens in Anspruch. Die Schlussfinanzierung erfolgt im Haushaltsjahr 2007. Hierfür ist eine Verpflichtungsermächtigung von 1,0 Mio. Euro vorgesehen.

- Die Schulen erhalten weitere 200.000 Euro für bauliche Veränderungen bzw. Gebäudesanierungen. Davon sind 90.000 Euro bereitgestellt für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung des Cafeteria- bzw. Mensabereich an der Otto-Hahn-Realschule und am Max-Planck-Gymnasium. Es sind sozusagen Vorleistungen für den Ganztagesbetrieb.

Nur in Stichworten:

- Die Restfinanzierung des Ausbaus der Lindenstraße im Stadtteil Kippenheimweiler ist mit 130.000 Euro veranschlagt,
- Für den Radweg Sulz / Sulzer Kreuz sind abschließend 197.000 Euro bereitgestellt.
- Die Ausgleichsmaßnahmen für das Baugebiet Breitacker Nord belaufen sich auf 100.000 Euro.
- Für die Fortsetzung der Sanierung des Bergfriedhofes ist eine 2. Rate in Höhe von 150.000 Euro angesetzt.
- Die Mehrzweckhalle Mietersheim erscheint mit einer weiteren Planungsrate in Höhe von 20.000 Euro.

Weitere wichtige Positionen des Investitionshaushaltes sind:

- Für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen sind 310.000 Euro bereitgestellt.
- Als weitere Erhöhung der Kapitaleinlage bei der Städt. Wohnungsbaugesellschaft sind letztmals 430.000 Euro veranschlagt. Damit ist die Stadt pünktlich ihrer Verpflichtung nachgekommen, die Tochtergesellschaft im Zusammenhang mit der Übernahme der Kanadierwohnungen mit einem angemessenen Eigenkapital auszustatten. Überhaupt darf festgestellt werden, dass sich die Städt. Wohnungsbaugesellschaft erfreulich entwickelt.
- Die Restrate des beschlossenen Zuschusses für das Ludwig-Frank-Haus musste nochmals gesplittet werden. Im kommenden Jahr sollen 290.000 Euro fließen, für die Schlusszahlung wurde einer VE über 200.000 Euro gebildet.

Neben der Schutterlindenbergschule ist die Stadtentwicklung der zweite Schwerpunkt in diesem Haushaltsplan. Erstmals erscheinen die Sanierungsmaßnahmen Kasernenareal, Nördl. Altstadt, Innenstadt Südwest II und Albert-Schweizer-Straße im Haushalt. Den Gesamtausgaben von knapp 1,7 Mio. Euro sind Zuschüsse in Höhe von rund 1,4 Mio. Euro gegenüber gestellt, so dass sich die Finanzierungsbelastungen in diesem Startjahr mit ca. 300.000 Euro in einem eher bescheidenen Rahmen hält.

Auch hier wird deutlich, dass wir dabei sind, „Windenreute“ konsequent und zügig umzusetzen.

Beim Kasernenareal bestehen allerdings noch einige Unwägbarkeiten. Die Stadt steht hier unverändert in der Abhängigkeit von den Vorstellungen des Bundes. Derzeit werden weitere Varianten zur Entwicklung der Konversionsfläche geprüft, die möglicherweise auch zu einer Finanzierung außerhalb des Haushaltes führen könnten.

Nach wie vor muss es das Ziel sein, dieses innerstädtische Areal zu entwickeln, aber ohne die Risikolage der Stadt zu erhöhen und den Finanzrahmen zu sprengen.

IV. Schlussbemerkungen:

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen.

Dieser Haushalt kann weder im konsumtiven noch im investiven Teil allen Wünschen gerecht werden. Dafür sind die Rahmenbedingungen zu schlecht.

Dennoch können wir nach meiner Bewertung in diesem Planwerk eine Fortsetzung der soliden und erfolgreichen Finanzpolitik der letzten Jahre sehen. Wir betreiben nicht nur –wie dies vieler Orts der Fall ist– Mangelverwaltung, sondern sind weiterhin in der Lage, aktiv zu gestalten und das Gemeinwesen weiter zu entwickeln.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf belegt mit den Schwerpunkten Bildung und Stadtentwicklung die entscheidenden Themen und entspricht damit der Prioritätensetzung unserer Klausur in Windenreute. Ich bin überzeugt davon, dass wir das gemeinsam festgelegte Programm umsetzen können.

Ich bedanke mich bei Frau Kaufmann und Herrn Langensteiner sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Mitwirkung bei der Haushaltsaufstellung. Ich bitte um Verständnis dafür, dass angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen viele gute Vorschläge aus der Verwaltung nicht berücksichtigt, auch nicht diskutiert werden konnten. Mein besonderer Dank gilt der Kämmerei, an der Spitze Herrn Trampert für die exzellente Vorbereitung und Sachwaltung

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe dem Gemeinderat hiermit den Entwurf des Haushaltsplanes 2006 zur Vorberatung in den Fraktionen.

Ich wünsche uns allen eine sachliche und fruchtbare Diskussion.

Es gilt das gesprochene Wort